

Solothurn, 24. Januar 2019

Staatskanzlei
Regierungsdienste/Politische Rechte
Rathaus
Barfüssergasse 24
Postfach
4509 Solothurn

Vernehmlassung zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR): Kommunale Wahlen: Zweiter Wahlgang und Ersatzmitglieder

Sehr geehrter Herr Staatsschreiber
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und möchten Ihnen unsere Überlegungen zu den vorgeschlagenen Änderungen unterbreiten.

1. Allgemeines und Grundsätzliches

Die FDP.Die Liberalen setzen sich für weniger Bürokratie, weniger Regulierung und für einen schlanken Staat ein. Gesetze sollten grundsätzlich generell-abstrakt sein und nicht jeden Einzelfall regeln. Dennoch haben gewisse Wahlkonstellationen anlässlich der letzten Gesamterneuerungswahlen bei den Gemeinden unbefriedigende Situationen entstehen lassen, die dem demokratischen Verständnis widersprechen. Deshalb begrüssen wir die vorgeschlagenen gesetzlichen Änderungen in den politischen Rechten der Gemeinden.

2. Kommunale Wahlen: Zweiter Wahlgang

Mit den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen wird es zukünftig möglich sein, die Entstehung von unbefriedigenden Situationen, wie unter Punkt 1 Erwähnt, zu verhindern, indem für einen notwendigen zweiten Wahlgang neue Kandidaten bis zum übernächsten Montag nach dem Wahltag nachgemeldet werden können. Die Frist ist zwar äusserst kurz, erlaubt es aber, kurzfristig neue Kandidaten zu stellen.

3. Ersatzmitglieder

Die Präzisierung und die Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen für Ersatzmitglieder sind zu begrüssen und sind eindeutig im Sinne der Gemeinden. Damit bleiben einsatzwillige Ersatzmitglieder, die im Moment aus verschiedensten Gründen (privat, beruflich) nicht nachrücken wollen, dem Gemeindewesen erhalten.

4. Fazit

Die FDP.Die Liberalen befinden die vorliegende Anpassung des Gesetzes über die politischen Rechte als eine schon lange fällige Klärung der rechtlichen Situation bei sensiblen Wahlsituationen, ohne dass dabei der Vorwurf erhoben werden kann, Partikularinteressen zu vertreten. Wir danken dem Kantonsparlament für die Überweisung der Aufträge und dem Regierungsrat für die gelungene Umsetzung dieser rechtlichen Bestimmungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Der Präsident

sig. Stefan Nünlist

Die Präsidentin der AG Justiz & Staatspolitik

sig. Kantonsrätin Johanna Bartholdi